



**DER NEUE
REICHSTAG**

*und
die Forderungen
der
Werktätigen*

10 Pf.

Wichtig für alle Betriebsarbeiter!

DAS ARBEITSRECHT IN DER PRAXIS

Mit ausführlichem Sachregister und
Formularanhang herausgegeben von
Franz Wisnewski

Unsere Ausgabe enthält alle wich-
tigen Bestimmungen der deutschen Ar-
beitsgesetzgebung

Aus dem Inhalt: Geschichte der Betriebsräte-
bewegung / Das Betriebsrätegesetz / Zur
Arbeitszeit / Die Arbeitsordnung / Lehrlings-
ausbildung / Kinderarbeit / Massenentlassun-
gen / Kündigungs- und Entlassungsfristen /
Steuerabzüge / Aus dem Arbeitsgerichts-
gesetz / Aus dem Gesetz über Arbeitsvermit-
tung und Arbeitslosenversicherung / Beschäf-
tigung der Schwerbeschädigten / Aus dem
Hausarbeiterrecht / Landarbeiter / Formular-
anhang / usw.

144 Seiten, in biegsamen Leinenband geb. RM. 2.-

Internationaler Arbeiter - Verlag, Berlin C 25

Der neue Reichstag

und die Forderungen der Werktätigen

Herausgegeben
von der Reichslagsfraktion der KPD.



Internationaler Arbeiter - Verlag, Berlin C 25

Ein Wort an die Leser!

An euch wenden wir uns, Männer und Frauen des werktätigen Volkes, die ihr in Not und Elend seid und einen Weg sucht, aus diesem Elend herauszukommen.

Wir legen euch hier eine Fülle von **Tatsachen** vor, die niemand bestreiten kann, und bitten euch, darüber nachzudenken. Wir zeigen euch die Zusammenhänge, aus denen euer Elend entsteht; wir weisen euch einen Weg, wie ihr aus diesem Elend herauskommen könnt. Ganz besonders wenden wir uns an euch, Werktätige, die ihr am 14. September der **nationalsozialistischen, der sozialdemokratischen oder der Zentrums**partei eure Stimme gabet, weil ihr hofftet, durch diese Parteien werde vielleicht euer Elend gelindert. Was wir euch sagen über diese Parteien und ihre Politik im neuen Reichstag, belegen wir mit dokumentarischen Beweisen. Denkt darüber nach, und zieht daraus die Schlussfolgerungen!

Der Kampf der werktätigen Massen gegen das Elend ist schwer. Alle Kräfte des arbeitenden Volkes sind dazu notwendig. Falsche Wege führen in noch größeres Elend. Wir zeigen euch den richtigen Weg aus dem Elend heraus. Wir sammeln die Massen zum Kampf. Helft euch ihr uns, das Elend des werktätigen deutschen Volkes zu überwinden.

Berlin, im November 1930.

Die Reichstagsfraktion der KPD.

Der neue Reichstag und was die Wähler von den Parteien erwarten, denen sie ihre Stimme gaben

Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 waren ein Protest, ein Aufschrei des werktätigen Volkes gegen das grenzenlose Elend, das die arbeitenden Massen heimsucht.

Alle Parteien, die an der Regierung beteiligt waren, haben schwer verloren, sind zum Teil geradezu zusammengeschmolzen. Auch die Sozialdemokraten haben stark verloren, weil große Teile der Arbeitermassen sich durch ihre Scheinopposition gegen die Brüning-Regierung und durch ihre Wahlversprechungen nicht mehr täuschen lassen. Gewonnen haben die Nationalsozialisten, weil sie den Massen des notleidenden Volkes eine Rettung aus dem Elend versprochen. Gewonnen haben die Kommunisten, weil sie den werktätigen Massen den Weg aus dem Elend weisen.

Der neue Reichstag hat nur eine kurze Woche beraten. Aber in dieser Zeit hat er eine große Zahl von Beschlüssen gefaßt, die für das ganze arbeitende Volk Deutschlands von allerschwerster Bedeutung sind. Jetzt kann das werktätige Volk bereits prüfen, wie weit die Parteien, denen es am 14. September seine Stimme gab, die Interessen der Werktätigen wirklich vertreten und wie weit sie die Versprechungen gehalten oder gebrochen haben, die sie den Wählermassen vorher machten.

Jetzt gilt es, Bilanz zu machen. Jetzt gilt es abzurechnen mit den Betrügnern der werktätigen Massen!

Das Volk hungert bei vollen Speichern!

Das arbeitende Volk Deutschlands hungert. Nicht nur die Millionen der Arbeitslosen, Sozialrentner, Invaliden, Kriegsofer! Auch die große Masse der betriebsmäßigen Arbeiter, der unteren und mittleren Angestellten und Beamten, die große Masse der Kleingewerbetreibenden und des schaffenden Landvolks!

Das Volk in Hunger und Elend — aber die Speicher und Warenlager sind vollgestopft bis zum Rande!

Wir haben in Deutschland eine **Rekordernte von Kartoffeln: 44,3 Millionen Tonnen**. Das ist über 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Man weiß nicht, wohin mit diesen riesigen Mengen — denn die hungernden Massen können die Kartoffeln nicht kaufen!

Wir haben eine **Rekordernte von Zucker: 2,1 Millionen Tonnen, 10,79 Prozent mehr als im Vorjahr!** Aber die hungernden Massen können die künstlich hochgehaltenen Preise der Zuckerfabriken nicht bezahlen.

Wir haben eine Ernte von 759 Millionen Tonnen Roggen. Man weiß nicht, was man damit anfangen soll. Mehr als 600 000 Tonnen hat die Regierung Brüning-Schiele aufgekauft, um die hohen Preise zu stützen; sie liegen in den Speichern und können verfaulen. Mehr als 60 Millionen Mark aus den Steuergeldern des arbeitenden Volkes hat die Regierung verpulvert, um die Roggenpreise hochzuhalten. Warum verwendet man diese riesigen Mengen nicht, um den Hunger der Massen zu stillen?

Auf den Weltmärkten ist eine ungeheure Ueberfülle an Weizen. In Winnipeg (Kanada) kostet die Tonne Weizen 108 Mark. Aber in Berlin kostet sie jetzt 241 Mark! Das kommt daher, daß Deutschland durch einen ungeheuerlichen Zoll von 185 Mark auf die Tonne von jeder ausländischen Weizeninfuhr abgesperrt ist!

Es gibt in Deutschland eine Ueberproduktion von Schweinen. Aber die arbeitenden Massen können bei ihrem elenden Einkommen die Preise für Schweinefleisch nicht bezahlen. Sie können auch das Rindfleisch nicht mehr bezahlen. Nachdem ihnen die Regierung Brüning-Schiele das früher zollfrei eingeführte und billige Gefrierfleisch durch ein Einfuhrverbot entzogen hat, kommt in Millionen von Arbeiterfamilien kein Fleisch mehr auf den Tisch!

Das Reichsinstitut für Konjunkturforschung hat berechnet, daß im 1. Halbjahr 1930 die Gesamtlohnsumme der Arbeiterschaft gegenüber dem Vorjahr um 3 Milliarden zurückgegangen ist! Die Lohnsenkung um mehr als 10 Prozent hat das Institut dabei „vergessen“. Das sind abermals 2–3 Milliarden, die die Arbeiterschaft weniger Einkommen hat. Das macht bei weiter gestiegener und weitersteigender Arbeitslosigkeit für das ganze Jahr 12–14 Milliarden Lohnausfall! Das heißt: um 14 Milliarden weniger kaufen können, um 14 Milliarden mehr hungern müssen!

Brot für die Hungernden!

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am 17. Oktober 1930 dem neuen Reichstag folgenden Antrag (Nr. 107 der Reichstagsdrucksachen) vorgelegt:

„Die Reichregierung wird aufgefordert, die zur Stützung der Getreidepreise aufgekauften und aufgespeicherten mehr als 600 000 Tonnen Brotgetreide umgehend der menschlichen Nahrung zuzuführen, und zwar durch unentgeltliche Abgabe von Brot an die Erwerbslosen, Sozialrentner und sonstigen Bedürftigen, sowie durch Verabreichung eines auskömmlichen Milch- und Brotfrühstücks an alle Kinder der notleidenden Bevölkerungsschichten.“

Bei diesem Antrag muß man bedenken, daß diese 600 000 Tonnen Brotgetreide vom Reiche bereits gekauft worden sind und zwar aus den Mitteln, die doch die arbeitenden Massen durch ihre Steuern aufgebracht haben. Warum also sollten sie nicht für die Stillung des Hungers der Notleidenden verwandt werden?

Indessen, weder das „christliche“ Zentrum, noch die Nationalsozialisten, noch die Sozialdemokraten, haben sich für diesen Antrag eingesetzt. Er wurde nicht einmal beraten, trotzdem es die Kommunisten nachdrücklich verlangt hatten.

Wirtschaftskrise — Youngkrise — Massencrond!

In allen kapitalistischen Ländern wütet gegenwärtig eine furchtbare Wirtschaftskrise und treibt überall die Massen des werktätigen Volkes in grenzenloses Elend hinein. Diese Krise ist die Folge des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems. Dafür tragen alle die Verantwortung, welche dies kapitalistische Wirtschaftssystem aufrechterhalten und schützen.

Die deutsche Wirtschaftskrise wird noch besonders verschärft durch die aus dem Youngplan hervorgehenden Tributzahlungen, welche der internationalen Kapitalismus dem Deutschen Reich auferlegt hat. 1700 bis 2500 Millionen im Jahr müssen von den arbeitenden Massen aufgebracht werden als Tribut an das internationale Kapital. Diese Last drückt ungeheuer schwer auf die werktätigen Massen. Dafür tragen alle die Verantwortung, die diesen Youngplan-Tributen zugestimmt haben, und die sich für ihre Weiterzahlung einsetzen.

Es ist eine elende Lüge, wenn behauptet wird, das ganze Volk leide unter der Krise. Nicht die Bankmagagnaten, Industriebarone, Handelsherren und Junker leiden Not, sondern all die verheerenden Folgen der Krise werden auf das werktätige Volk abgewälzt!

Reiche und Arme.

Es gibt in Deutschland 33,4 Millionen Erwerbstätige; davon waren 27 Millionen einkommensteuerepflichtig. Aber 19,6 Millionen (oder 72,6 Prozent) hatten ein Einkommen unter 1500 Mark im Jahr, also etwa 30 Mark die Woche; sie gehören zu der großen Arme der Hungerleider.

Dagegen gibt es in Deutschland 13 124 Personen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 50 000 Mark. Sie haben nach der amtlichen Statistik ein Gesamteinkommen von 1 424 Millionen! Also mehr als 100 000 Mark pro Kopf und Jahr, mehr als 2000 Mark die Woche.

Die 25 Generaldirektoren des Siemenskonzerns haben ein Einkommen von insgesamt 12 500 000 Mark. Das ist soviel wie das Jahreseinkommen von 5000 Angestellten oder 8000 Arbeitern!

Von den eben erwähnten 27 Millionen Einkommensteuerepflichtigen haben, nach der amtlichen Statistik, 24,5 Millionen überhaupt kein steuerpflichtiges Vermögen! Das ist das Proletariat!

Die Zahl der kleinen Vermögenden bis zu 20 000 Mark beträgt 69 Prozent der Gesamtzahl; darunter fallen die kleinen Bauern, die kleinen Handwerker und Kaufleute; die Gesamtsumme ihres Vermögens beträgt aber nur 27 Prozent des Gesamtvermögens der natürlichen Personen.

Dagegen gibt es in Deutschland, nach derselben amtlichen Statistik, 5115 Personen mit einem Vermögen von 500 000 Mark bis 1 Million und 2465 Personen mit mehr als 1 Million Vermögen. Diese 7580 Personen haben zusammen ein Vermögen von 9 Milliarden!

Die Millionen der Werktätigen müssen sich tagaus tagein schwer plagen und dabei Hunger und Not leiden. Aber die Aktionäre der 11 344 Aktiengesellschaften, die es in Deutschland gibt, haben im

Jahre 1929 ohne Arbeit über 2 Milliarden Dividende eingesteckt. Und die Aufsichtsräte dieser Aktiengesellschaften beziehen ohne Arbeit Kesseneinkommen (Tantiemen), die bis zu 50 000 Mark im Jahr betragen!

Wenn schon Notopfer — warum nicht der Reichen?!

Warum werden alle die schweren Lasten auf die arbeitenden Massen gewälzt, deren Elend ununterbrochen steigt? Warum zieht man die Reichen heran?

Die Kommunistische Reichstagsfraktion hat auch im neuen Reichstag sofort wieder ihren Millionärsteuer-Antrag gestellt. Der lautet (Drucksache Nr. 57 vom 14. Oktober) folgendermaßen:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung wird beauftragt, dem Reichstag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen welcher enthält:

1 Eine Sondersteuer für die Millionäre, welche alle Vermögen über 50 000 Reichsmark einer einmaligen Steuer in Höhe von 20 vom Hundert unterwirft.

2 Eine Besteuerung der Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen in Höhe von 20 vom Hundert der Ausschüttung.

3 Eine Sondersteuer auf die Aufsichtsratsantennen und ähnliche Verstärkungen in Höhe von 20 vom Hundert.

4 Eine Sondersteuer für die Einkommen über 50 000 Reichsmark jährlich in Höhe von 20 vom Hundert des Einkommens."

Jeder Werkstätige muß sagen, daß dieser Antrag gut ist. Der Millionär, der 20 Prozent von seiner Million Vermögen abgeben soll, behält ja immer noch 800 000 Mark; der Mann mit einem Jahreseinkommen von 600 000 Mark (wie der deutsche nationale Generaldirektor Cuno der Hamburg-Amerika-Linie) behält immer noch 480 000 Mark. Man könnte höchstens sagen, daß die Kommunisten noch gar nicht genug gefordert haben.

Durch diesen Antrag der Kommunisten könnten von den Reichen der Reichs Steuern in Höhe von rund 3 Milliarden eingebracht werden. Damit könnten die Forderungen der Arbeitslosen, Invaliden, Sozialrentner und aller sonstigen Bedürftigen erfüllt und dem werktätigen Volk als ganzem eine weitreichende Entlastung zuteil werden. Aber keine der anderen Parteien hat auch nur ein Wort für den Antrag der Kommunisten gesprochen; ihnen sind die Millionäre tausendmal mehr wert als die notleidenden Werkstätigen!

Innerdeutsche „Reparationen“.

Milliardentribute an die Kartelle und Monopole.

„Alle müssen Opfer tragen“, sagt die Regierung, sagen die Kapitalisten. In Wirklichkeit aber müssen die werktätigen Massen alle Lasten tragen und obendrein an die großen Herren der Trusts jährlich Milliarden Tribute bezahlen infolge der Kartellpreise und Monopolpreise.

Der deutsche Stahlwerksverband, lauter hundertprozentige „Patrioten“, verkauft im Ausland das deutsche Eisen um 40 bis 60 Prozent billiger als in Deutschland! Die deutschen Werften klagten, daß die deutsche Industrie die zum Schiffbau notwendigen Materialien

an das Ausland viel billiger liefert als an die deutschen Werften. Dem Siemens Elektro-Konzern wurde nachgewiesen, daß er Schwachstromeinrichtungen für die französische Postverwaltung um 25 Prozent billiger liefert als an die deutsche Reichspost. Im Berliner Tageblatt vom 11. September teilte ein deutscher Großhändler mit, daß ein bestimmter Artikel der deutschen Glasindustrie, der in Deutschland 1,61 Mark kostet, an das Ausland für 0,45 Mark geliefert wird!

Warum liefern die deutschen Kapitalisten soviel billiger an das Ausland als an die deutschen Verbraucher? Weil sie auf dem deutschen Inlandmarkt geschützt sind durch die ungeheuren Schutzzölle, und weil ihnen das Kartell oder die alleinige Herstellungsmöglichkeit (Monopol) die Macht gibt, in Deutschland die Preise festzusetzen, wie sie wollen.

Auf Grund der amtlichen Statistik hat man berechnet, daß diese Tribute an die Kartelle und Monopole, welche die werktätigen Massen — die Arbeiter, Bauern, Kleingewerbetreibenden — zahlen müssen, jährlich 1700 bis 2500 Millionen betragen. Das ist ebensoviel wie die Youngplanzahlungen! Das sind die innerdeutschen „Reparationszahlungen“ des arbeitenden Volkes an seine Blutsauger!

Kapitalflucht der „Patrioten“.

Die werktätigen Massen müssen ungeheure Steuerlasten tragen. Dem Arbeiter, Angestellten und Beamten wird die Lohnsteuer gleich am Lohtag abgezogen. Der kleine Bauer und der kleine Gewerbetreibende werden rücksichtslos gefündigt. Aber die Reichen?

Die Reichen verschieben ihr Kapital nach dem Ausland! Schon im Mai 1930 wurde von seiten der Reichsregierung und hundertlicher Parteien bestätigt, daß allein nach der Schweiz etwa 8 Milliarden deutschen Kapitals geflüchtet waren. Insgesamt betrug damals das aus Deutschland verschobene Kapital etwa 12 Milliarden. Seitdem ist die Kapitalflucht weiter gestiegen. Die Schweizer Banken teilen mit, daß sie sich vor der Menge des aus Deutschland geflüchteten Kapitals nicht mehr retten können. Man schätzt, daß gegenwärtig etwa 15 Milliarden Kapital aus dem Deutschen Reich ins Ausland geflüchtet sind.

So drücken sich die Reichen vor den deutschen Steuern!

Aber die Regierung tut nichts dagegen!

Zur Bekämpfung der Kapitalflucht hat die Kommunistische Reichstagsfraktion am 13. Oktober dem neuen Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der folgenden Wortlaut hat (Antrag Nr. 40 der Reichstagsdrucksachen):

„Artikel 1. Wer sich der Verschiebung deutschen Kapitals ins Ausland (Kapitalflucht) schuldig macht, wird bestraft mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren und mit Geldstrafe von mindestens der Höhe des geflüchteten Kapitals.

Artikel 2. Zur Bekämpfung der Kapitalflucht und der Steuerhinterziehung wird das Bankgeheimnis aufgehoben. Die verantwortlichen Leiter der Banken und sonstigen kapitalistischen Unternehmen sind verpflichtet, auf Befragen eidesstattliche Aussagen zu machen.

Artikel 3. Die durch die Bekämpfung der Kapitalflucht und Steuerhinterziehung eingebrachten Gelder werden für den Ausbau

und die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung beantragt."

Dieser Antrag kam nicht zur Abstimmung, sondern die Regierungsparteien beschloßen mit Hilfe der Sozialdemokratie, daß er einem Ausschuß überwiesen werde, wo er zunächst — bis auf weiteres begraben liegt!

Die Hungerpolitik der Regierung Brüning.

Seit seinem Regierungsbeginn (dem 1. April 1930) hat das Kabinett Brüning ausgesetzt den werktätigen Massen „die Rettung“ versprochen. In Wirklichkeit hat es sie immer tiefer in das Elend hineingestürzt.

Die Diktaturverordnungen, welche die Regierung Brüning unter Bruch der Reichsverfassung erlassen hat, sind ein Angriff auf die Lebenshaltung des ganzen werktätigen Volkes.

Abbau der Krankenversicherung um 500 Millionen!

Abbau der Arbeitslosenversicherung um 170 Millionen und Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1 Prozent oder 200 Millionen!

Verschlechterung der Kriegsopferversorgung.

Einführung der Ledigensteuer (135 Millionen im Jahr).

Einführung der Kopfsteuer (der sogenannten „Negersteuer“) und

Einführung einer Gemeinde-Bier- und -Getränkesteuer, beide zusammen etwa 400 Millionen.

Abbau der Beamtengehälter.

Das war der Inhalt der Diktaturverordnungen, die der alte Reichstag aufzuheben beschloß, weshalb er ja aufgelöst wurde. In der Zwischenzeit sind weitere Diktaturverordnungen gefolgt:

Erhöhung des Weizenzolls auf 185 Mark pro Tonne!

Erhöhung des Erbsenzolls um 275 Prozent!

Aufhebung der Kapitalertragsteuer, ein 160-Millionen-Geschenk für die Wertpapierbesitzer!

Fort mit den Diktaturverordnungen!

Die Reichstagswahl am 14. September war ein Protest der überwältigenden Massen des werktätigen Volkes gegen die Politik der Regierung Brüning und insbesondere gegen die Diktaturverordnungen. Außer den Kommunisten versprachen auch die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten ihren Wählern, daß sie für die Beseitigung dieser Diktaturverordnungen eintreten würden.

Die Kommunisten brachten am 13. Oktober folgenden Antrag (Nr. 15 der Reichstagsdrucksachen) ein:

1. Die Notverordnung vom 26. Juli 1930, enthaltend: Beamtenlopter, Ledigensteuer, Kopf- und Gemeindegeldsteuer, Abbau der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und der Kriegsopferversorgung, ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

2. Alle auf Grund dieser Notverordnung geleisteten Zahlungen sind zurückzuerstatten.

3. Alle gekürzten Unterstützungsbeiträge sind nachzuzahlen.

4. Alle Maßnahmen gegen diejenigen, die sich gegen die Bestimmungen dieser Notverordnung zur Wehr gesetzt haben und ihre

Durchführung verweigert haben oder verweigern, sind sofort aufzuheben."

Die Aufhebung der Diktaturverordnung hing ab von den Stimmen der SPD. Wenn die Sozialdemokratie, wie sie ihren Wählern versprochen hatte, die Aufhebung der Diktaturverordnungen fordern würde, so wäre die Mehrheit für diesen Beschluß gesichert gewesen, die Diktaturverordnungen hätten aufgehoben werden müssen und die Diktatur-Regierung Brüning wäre wahrscheinlich damit gestürzt worden.

„Mit den Aermsten unserer Armen

„Hat Herr Brüning kein Erbarmen!“

so konnte man auf den sozialdemokratischen Flugblättern lesen, auf denen die Beseitigung der Diktaturverordnungen verlangt wurde.

Am 16. August wurde im „Vorwärts“ ein Aufruf zur Reichstagswahl veröffentlicht, in dem es hieß:

„Die Notverordnungen, die von der Reichsregierung unter Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, reden eine deutliche Sprache. Schonung des Besitzes und schonungslose Belastung der geringen Einkommen, rücksichtslose Abwälzung aller Lasten auf die Schichten des Volkes, die ohnedies durch die lurchebare Arbeitslosigkeit das schwerste Notopfer auf sich zu nehmen haben. Löhne und Kaufkraft der breiten Massen werden gesenkt. Die soziale Versicherung wird verschlechtert, Arbeitslose und Kranke werden noch größerem Elend preisgegeben.“

Am 16. Oktober erklärte der Reichskanzler Dr. Brüning, die Notverordnungen dürften weder aufgehoben noch wesentlich verändert werden. Am 17. Oktober erklärte der Redner der Sozialdemokratie, Hermann Müller: Die Aufhebung der Notverordnungen ist unmöglich! Am 18. Oktober stimmte die Sozialdemokratie geschlossen (die sogenannten „Linken“ wie die Rechten) in anfechtlicher Abstimmung gegen den Antrag der Kommunisten, die Notverordnungen aufzuheben.

Das neue Hungerprogramm der Regierung Brüning.

Als der neue Reichstag zusammentrat, hat ihm der Reichskanzler Dr. Brüning das neue Programm der Regierung vorgelegt: ein neuer ungeheurer Hungerfeldzug gegen das arbeitende Volk! Es enthält:

Abbau der Löhne für die Arbeiter, der Gehälter für die Beamten und Angestellten.

Neuer Abbau der Arbeitslosenversicherung und abermalige Erhöhung der Beiträge um 2 Prozent!

Abbau der sozialen und kulturellen Ausgaben im Reich, in den Ländern und Gemeinden.

Erhöhung der Steuerlast.

Verschärfung des Zollwuchers.

Abbau des Mieterschutzes und Erhöhung der Mieten.

Gleichzeitig aber verspricht die Regierung den Reichen, auf die sie sich stützt und in deren Namen sie regiert, riesige Geschenke

dem Industriekapital! Milliarden durch Abbau der Löhne und der Sozialpolitik und durch Senkung der Realsteuern,

dem Hausbesitzerkapital Milliarden durch Mietwucherfreiheit,

dem Bank- und Börsenkapital 100 Millionen durch Ermäßigung der Kapitalverkehrssteuern, dem Agrarkapital neue Steuervergünstigungen und Zollerhöhungen!

Christliche Arbeiter! Ein solches Programm wagte die Regierung des Zentrumskanzlers Brüning dem Volke vorzulegen!

Der Feldzug zum Abbau der Löhne und Gehälter.

Im Mittelpunkt des Regierungsprogramms steht der Abbau der Löhne und Gehälter, der über das ganze Reich und über alle Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger ausgedehnt werden soll. Darüber sagt das Programm der Regierung:

„Die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Sozialwesen bedingten Gesehenskosten steht hemmend im Wege. Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiter wirken.“

Wie dies auf die Millionen der Lohn- und Gehaltsempfänger weiterwirken soll, hat der „christliche“ Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald in einem Artikel des „Deutschen“, des Organs der christlichen Gewerkschaften, am 2. Oktober ausgesprochen:

„Jetzt geht es darum, ob wir einige Jahre die Zähne aufeinander beißen . . . ob das deutsche Volk in seiner Gesamtheit seinen Lebensstandard vorübergehend um fünf bis zehn Prozent herabdrücken will.“

Schon jetzt ist die Lebenshaltung des werktätigen Volkes so herabgedrückt, daß die Umsätze des Einzelhandels nach der offiziellen Statistik um mehr als 13 Prozent zurückgegangen sind. Noch 10 Prozent mehr hungern, das heißt

eine Hungerblockade schlimmer als im Weltkrieg gegen das werktätige Volk errichtet!

Die Regierung Brüning geht dabei voran mit der Kürzung der Beamtengehälter um 6 Prozent, die zum 1. April 1931 in Kraft treten soll! Das trifft die große Masse der unteren und mittleren Beamten mit unerhörter Brutalität. Sie müssen sich wehren! Sie haben kein anderes Mittel als die Sabotage und den Streik. Sie können aber mit Erfolg kämpfen, wenn sie im Bunde mit der Arbeiterschaft den Kampf aufnehmen.

Das deutsche Unternehmertum ist bereit, gestützt durch die Regierung Brüning, zum Angriff auf die Löhne überzugehen. Es verlangt 15 Prozent Lohnabbau für die Berliner Metallarbeiter; es stellt ähnliche Forderungen gegen die Bergarbeiter im Ruhrgebiet; es schickt sich an, gegen alle Arbeiterkategorien vorzugehen.

Neuer Abbau der Arbeitslosenversicherung.

Die Regierung Brüning will die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozent auf 6½ Prozent erhöhen. Das macht eine Mehrbelastung der Arbeiterschaft um 200 Millionen!

Das Reich will künftig keine Zuschüsse mehr an die Arbeitslosenversicherung leisten, sondern alle diese Lasten sollen auf die Arbeiter abgewälzt werden. Die Krisenfürsorge, für die das Reich noch 420 Millionen leisten will, soll weiter abgebaut werden. Gleichzeitig

aber soll durch neue Einschränkung der Landes- und Gemeindefinanzen auch ein Abbau der kommunalen Ausgaben für die Wohlfahrtsverbandslosen erwungen werden.

Im Zusammenhang mit diesen Plänen beabsichtigt die Reichregierung, wie dies schon der Minister Treviranus offen erklärt hat, die Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Das bedeutet: die Arbeitslosen sollen unter militärischem Kommando, militärischer Disziplin und militärischem Strafrecht (!) zu einer Arbeitslosenarmee zusammengefaßt werden, die für ein paar Bettelplennige (48 Plennig pro Tag ist bereits in einem Antrag der Wirtschaftspartei vorgeschlagen) dem Kapital Lohndrücker- und Streikbrecherdienste leisten sollen! Für die Arbeitsdienstpflicht hat sich auch die nationalsozialistische Reichstagsfraktion von der Tribüne des Reichstages ausdrücklich eingesetzt.

Kürzung der Sozialrats und Kulturrats.

Die Regierung Brüning will den Reichetat um 300 Millionen kürzen und bemerkt dazu in ihrer Programmklärung, daß „an schmerzhaften Abstrichen selbst bei den sozialen und kulturellen Ausgaben nicht vorbeigegangen werden konnte.“ Eine solche Kürzung soll auch bei den Ländern und Gemeinden durchgeführt werden.

Dies bedeutet:

Abbau der sozialen und kulturellen Einrichtungen für das Proletariat um fast eine Milliarde!

Im Vordergrund werden bei diesem Abbau die Abstriche am Wohlfahrtetat und an dem Etat der Volksschulen stehen. Diese „Einsparungen“ sollen bei den Ländern und Gemeinden dadurch erwungen werden, daß ihnen das Reich ihre Anteile an den Reichsteuern um 100 Millionen kürzt, während sie außerdem noch 288 Millionen durch die infolge der Wirtschaftskrise verringerten Steuereinnahmen verlieren.

Neue Steuerlasten auf die Werktätigen.

Die Ledigensteuer, die nach der Diktaturverordnung vom 26. Juli zum 1. April außer Kraft treten sollte, bleibt weiter bestehen. Dazu kommt eine Erhöhung der Tabaksteuer um 167 Millionen, die wiederum von dem zu 95 Prozent vertrusteten Tabakkapital restlos auf die Konsumenten abgewälzt wird. Dazu kommen aber auch noch die neuen Gemeindesteuern bzw. Tarifierhöhungen der kommunalen Werke für Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrsmittel, die einer indirekten Steuer gleichzusetzen sind.

Der Mieterschutz wird aufgehoben!

Die Wohnungswirtschaft soll, wie das Regierungsprogramm sagt, „neu geregelt“ werden. Die Regierung will zunächst die Hälfte der bisher für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel aus der Hauszinssteuer, nämlich 400 Millionen, diesen Zwecken entziehen und für die „allgemeine Finanzverwaltung“ zur Verfügung stellen, d. h. für Polizei, Justiz, Steuereinnahmer usw.,

Bisher kamen aus der Haussteuer etwa 1600 Millionen ein. Davon wurde die Hälfte, also 800 Millionen, für die „allgemeine Finanzverwaltung“ verpulvert, die andere Hälfte stand für die Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung. Wenn jetzt diese 800 Millionen um die Hälfte gekürzt werden, bedeutet das eine Abdrosselung des Wohnungsbaues. Die Regierung sagt zwar, daß der Wohnungsbau künftig auf dem Wege der Anleihe gefördert werden soll; das würde aber nur geschehen unter neuer schwerer Verteuerung der Mieten. Die Regierung will, daß nur noch Wohnungen des kleinsten Ausmaßes gebaut werden sollen, in denen sich die Menschen schlimmer zusammendrängen müssen als das Vieh im Stall!

Bis zum 1. April 1936 soll die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau vollständig aufhören. Inzwischen aber soll der Mieterschutz vollkommen aufgehoben und dem Hausbesitzerkapital die volle Mietwucherfreiheit gegeben werden. Die Regierung sagt dies so:

„Die auf dem Gebiet des Wohnungsbaues und der Siedlung durchgeführten Maßnahmen gestatten es dann auch, die Wohnungszwangswirtschaft weiter zu lockern und schließlich ganz aufzuheben.“

So wird dieses Wohnungswirtschaftsprogramm der Regierung Brüning für die große Masse der Arbeiter, Angestellten, Beamten, aber auch für die Masse der kleinen Gewerbetreibenden, die auf Miete stehen, zu einer furchtbaren Geißel. Die Einschränkung der Bautätigkeit wird die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter noch erhöhen.

Neue Verschärfung des Zollwuchers.

Der Reichskanzler Brüning hat am 16. Oktober vor dem Reichstag erklärt, daß die Regierung ihre bisherige Zollwucherpolitik verstärkt fortführen werde. Schon im alten Reichstag lagen eine lange Reihe von Anträgen vor, die die Zollerhöhung für Industriewaren verlangten. Darunter sind insbesondere alle Textilerzeugnisse, Metalle, Automobile, Maschinen, Steine, Holzwaren usw. Dies wird eine neue schwere Verteuerung des Konsums mit sich bringen. Zugleich aber will die Regierung ihre Agrarpolitik weiter verschärfen, was zu einer noch schlimmeren Hungersnot der arbeitenden Massen führen wird.

Die bauernfeindliche Agrarpolitik Brüning-Schiele.

Angewandt wird die ganze Agrarpolitik der Regierung Brüning-Schiele im Interesse der notleidenden Landwirtschaft durchgeführt. In Wirklichkeit liegt diese Politik nur im Interesse der Großagrarien und bedeutet für die werktätigen Bauern eine schwere Schädigung.

Im Mittelpunkt der Schiele'schen Agrarpolitik stand die Stützung der Getreidepreise durch Zollerhöhung, Vermahlungszwang, Einfuhrdrosselung, Ausfuhrprämien, Preis-Stützungskäufe usw. Von dieser Getreidepolitik hat wohl der Großagrarien Vorteil, aber der kleine Bauer nur Nachteil.

Nach den statistischen Berechnungen des Agrarpolitikers Flensch, der dem Reichslandbund nahesteht, sind die 3521 757 Betriebe der Kleinbauern und Zwergebauern bis zu 5 Hektar Land an dem Verkauf vom Getreide durchschnittlich überhaupt nicht beteiligt. Das sind

77 Prozent der deutschen Bauernwirtschaften, die an hohen Getreidepreisen gar kein Interesse haben, sondern im Gegenteil; sie müssen für ihre Viehhaltung noch große Mengen Futtergetreide, in vielen Fällen auch noch Brotgetreide zukaufen, werden also durch hohe Getreidepreise nur ausgewuchert zukunsten der großen Getreideproduzenten, der Großbauern und Junker!

Nach der Statistik des Reiches haben die Kleinbauern bis zu 5 Hektar 69 Prozent aller gezüchteten Schweine, 56,5 Prozent der Milchkühe, die Großagrarien mit mehr als 100 Hektar haben nur 0,5 Prozent der Schweine und 0,6 Prozent der Milchkühe. Die kleinen Bauern müssen daher infolge der Agrarpolitik Schieles gewaltige Mengen Futtermittel zukaufen — zu Wucherpreisen, die zugunsten der Großagrarien festgesetzt worden sind.

Darum konnte das Elend der kleinen Bauern unter der Politik Schieles nicht geringer werden, sondern mußte noch größer werden, um so mehr, als die Regierung jeden Kampf gegen den Pachtwucher der Landreichen unterließ und nichts unternahm, um den Kleinbauern und den nachgeborenen Bauernsöhnen billiges Siedlungsland zu beschaffen; zur Erleichterung der Steuern für die kleinen Bauern wurde nichts getan; gegen den Zinswucher der Banken und gegen den Kartellprofit der Industrie wurde nichts unternommen! Das aber sind gerade die wichtigsten Ursachen für die Not der Kleinbauern.

Wer sind die Bundesgenossen des Kleinbauern?

Die Großagrarien, welche, wie wir gezeigt haben, mit ihrer Getreide- und Futtermittelpolitik den kleinen Bauern schwer ausplündern, versuchen, die rebellisch gewordenen Massen der werktätigen Bauern mit scheinbaren Vergünstigungen vor ihren großagrarischen Karren zu spannen. Sie versprechen ihnen mit dem neuen deutsch-banländischen Abkommen eine Erhöhung des Butterzolls auf 10 Marks und damit eine Erhöhung des Milchpreises von 5 Pfennig pro Liter. Mancher Kleinbauer fällt auf diese Lockspise herein.

In Wirklichkeit könnte der Kleinbauer seinen Erlös für die Milch leicht um ein dreifaches erhöhen, wenn es gelänge, wie die Kommunisten es fordern, den Zwischenhandel auszuschalten. Aber was bedeutet denn diese Preiserhöhung für die Arbeitermassen, auf deren Konsum doch der kleine Bauer angewiesen ist?

Das Elend der Arbeitermassen hat dazu geführt, daß die Umsätze der Lebensmittel im Einzelhandel bereits bis zum August 1930 um 11 Prozent zurückgegangen waren! Gleichzeitig hatte eine Abwanderung der Konsumenten zu den billigeren Lebensmitteln der Warenhäuser (ringfreie Margarine, u. dergl.) stattgefunden. Was sagt das dem Kleinbauern?

Wenn die Millionen der Arbeiter, Angestellten, Beamten nicht zahlen können, weil sie im Elend stecken, kann der Kleinbauer nicht verkaufen! Und jetzt, wo die Löhne und Gehälter gekürzt werden sollen, die Preise für Lebensmittel zu erhöhen, heißt, den Kleinbauern selbst schwer schädigen.

Darum sagen die Kommunisten: dem kleinen Bauern muß auf andere Weise geholfen werden, durch Verbilligung der Pachten, der

Zinsen, Beseitigung der erdrückenden Steuern, Beseitigung der Monopol- und Kartellpreise der Industrie, Zuteilung von Land auf Kosten des Großgrundbesitzes zu Gunsten der landarmen Bauern, Pflanz- und Siedlungsprogramme. Wenn die Bauern ihre Not beseitigen wollen, müssen sie sich diejenigen zu Bundesgenossen wählen, welche dieselben Interessen des Kampfes gegen Bank- und Handelskapital, gegen Industriekapital und Junker haben: die Arbeiterschaft! Nur im Bunde mit der Arbeiterschaft können die kleinen Bauern aus ihrem heutigen Elend herauskommen!

„Christliche“ Kniffe zur Täuschung der Massen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie wie der Industrie- und Handelstag, die Banken und die übrigen Organisationen der deutschen kapitalistischen Wirtschaft begrüßten freudig das neue Programm der Regierung Brüning. Denn sie erkannten sofort, wie sehr es ihren Profitinteressen diene. Genau so wurde das Regierungsprogramm von den kapitalistischen Parteien begrüßt, wenn es auch einigen von ihnen noch immer nicht arbeitlerfeindlich genug war.

Die Zentrumspartei stellte sich voll und ganz hinter das neue Programm der Reichsregierung mit all seinen ungeheuerlichen Angriffen gegen das arbeitende Volk. Aber die Führer der christlichen Gewerkschaften haben die größte Angst, daß die Rebellion in den Reihen der christlichen Arbeiter noch viel größer wird, wenn sie die ganze Arbeiterfeindlichkeit des neuen Regierungsprogramms begreifen. Zur Irreführung der christlichen Arbeiter taten sie, als ob sie eine scharfe Kritik am Programm Brünings üben wollten.

Ein Musterbeispiel für die Demagogie der christlichen Gewerkschaftsführer ist die Ausgabe des „Deutschen“, des Zentralorgans der christlichen Gewerkschaften, vom 2. Oktober 1930. Dort standen auf der ersten Seite zwei Artikel unmittelbar nebeneinander, von denen der eine zum Regierungsprogramm ja sagte und der andere nein! Der eine dieser Artikel, geschrieben von dem Reichsarbeitsminister Stegerwald, erklärte das Regierungsprogramm als den einzigen Weg, der möglich sei, und forderte, daß das werktätige Volk freiwillig seine Lebenshaltung um 10 Prozent herunterdrücke. Der andere Artikel, überschrieben „Unhaltbare Begründung — bedenkliche Folgerungen“, wies der Regierung nach, daß ihre Berechnungen falsch, ihre Behauptungen das Gegenteil von Wahrheit, das ganze Programm unannehmbar sei!

Wieviele christliche Arbeiter haben sich wohl durch solche radikalen Artikel und Reden ihrer Gewerkschaftsführer und Abgeordneten in den Glauben wiegen lassen, als ob diese Leute wirklich die Absicht hätten, einen Kampf gegen das arbeitlerfeindliche Brüning-Programm zu führen. Am 18. Oktober zeigte sich, daß auch die christlichen Gewerkschaftsführer und Reichstagsabgeordneten nur niedrige Betrüger der Arbeiter waren!

In namentlicher Abstimmung traten sie alle, — die Erzing, Fahrnbrach, Gerig, Groß, Riesener, Schlack, Imbusch, Tremmel, Wiedemeier, Winkler — einer wie der andere gegen das kommunistische Mißtrauensvotum und für die Regierung Brüning und ihr Programm ein!

Das sozialdemokratische Attentat auf das Volk.

Der erste Eindruck des Brüning'schen Regierungsprogramms bei den sozialdemokratischen Arbeitern war tiefste Empörung. Dieser Lage mußte auch die sozialdemokratische Presse Rechnung tragen. Wir zitieren eine Reihe sozialdemokratischer Zeitungen:

„Finanzprogramm gegen das Volk. Brüning zieht den Strick zu... Das Programm ist geradezu ein Angriff auf die Lebenshaltung aller Volkskreise, die nicht zum kapitalistischen „Geschäft“ gehören.“
(Chemitzer „Volksstimme“, 1. Okt. 1930.)

„Ein Attentat auf das Volk. Kampf gegen dieses Programm... ein ganz eindeutig volkstündiges Programm... für die Sozialdemokratie untragbar. Die Regierung muß von der Sozialdemokratie mit allen Kräften und auf alle Konsequenzen hin bekämpft werden.“
(„Sächsisches Volksblatt“, Zwickau, 1. Okt. 1930.)

„Die Brüning-Regierung provoziert die Mehrheit des Volkes! Reaktionäre Tollheiten. Das Sanierungsprogramm des kapitalistischen Interessenhauens.“
(„Leipziger Volkszeitung“, 1. Okt. 1930.)

„Wahrlich ein Programm, ganz nach dem Herzen der Wirtschaftspartei und der Volkspartei.“

(„Vorwärts“, 1. Okt. 1930.)

In vielen sozialdemokratischen Ortsgruppenversammlungen und auch auf Parteitagungen wie dem in Berlin verlangten die sozialdemokratischen Arbeiter stürmisch, daß die SPD, das Brüning-Programm ablehnen und den Sturz der Diktatur-Regierung Brüning herbeiführen sollte. Aber die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am 3. Oktober — im schroffen Gegensatz zu dem Willen der sozialdemokratischen Arbeiter, die Regierung Brüning zu „to-lerieren“, d. h. ihr die weitere Regierung zu ermöglichen, indem die SPD gegen die Anträge stimmen würde, die von den Kommunisten gegen Brüning und seine Diktaturregierung eingebracht waren.

Dieser Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist wirklich „ein Attentat auf das Volk“, noch sehr viel schlimmer als der Panzerkreuzerkandal. Denn die Regierung Brüning, der die SPD ihre Unterstützung gewährt, ist die Regierung, die den Lohn- und Gehaltsabbau einleitet, den Übergang zur faschistischen Diktatur durchführt.

Der Streik der Berliner Metallarbeiter.

Der Verband Berliner Metallindustriellen, zu denen die größten Betriebe wie Siemens, AEG, Borsig, u. a. m. gehören, forderte einen Lohnabbau um 15 Prozent. Der von der Reichsregierung eingesetzte Sonderschlichter Dr. Völkers fällt ein Schiedsspruch, der einen Lohnabbau von 6 bis 8 Prozent vorsah. Die Metallarbeiterschaft, aufgerüttelt durch die Agitation und Streikvorbereitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, beschloß in Urabstimmung mit überwältigender Geschlossenheit den Streik. Seit dem 1. und 15. Oktober stehen etwa 130 000 Berliner Metallarbeiter im Streik. Am 16. Oktober verlas der Reichskanzler im Reichstag seine Regierungs-erklärung. Trotz allen Aufforderungen der Kommunisten sagte er kein Wort zu diesem Streik.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte schon am 13. Oktober, am ersten Tage der Reichstagsberatungen, den folgenden Antrag (Nr. 20 der Reichstagsdrucksachen) eingebracht:

„Die Reichsregierung wird beauftragt:

1. den vom Schlichter Dr. Völkers für die Metallindustrie Berlin am Freitag, dem 9. Oktober 1930, gefällten Schiedsspruch, der eine Lohnkürzung von 6 bis 8 Prozent vorsieht, mit sofortiger Wirkung aufzuheben;
2. eine Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedsspruches von 9. Oktober 1930 nicht vorzunehmen;
3. für die gesamte Metallarbeiterschaft Berlins den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich einzuführen.“

Die Sozialdemokratie hatte selbst beantragt, daß die Regierung aufgelöst würde, den Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Brandes, der Vorsitzende des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“, entschuldigte gegenüber den Angriffen des früheren zentralistischen Arbeitsministers Dr. Brauns diesen Antrag der SPD: er bedauere, daß er im Reichstag über den Streik sprechen müsse; die Arbeiterschaft sei bereit, ihrerseits neue Opfer zu bringen (!), nur müsse auch von den Unternehmern ein Preisabbau verlangt werden.

Der kommunistische Redner Florin rechnete mit diesem schändlichen Geschwätz des Reformistenführers scharf ab und hielt ihm vor Augen, daß die gegenwärtigen elenden Löhne der Arbeiterschaft ein Ergebnis der sozialdemokratisch-reformistischen Politik sind.

Die Sozialdemokratie stimmte den kommunistischen Antrag, daß der Schiedsspruch des Schlichters Völkers aufgehoben würde, Arm in Arm mit dem Zentrum und den Rechtsparteien nieder! Ebenso stimmte die SPD, den kommunistischen Antrag auf Einführung des Siebenstundentags bei vollem Lohnausgleich nieder.

Die Kommunisten hatten in der Debatte über die Regierungserklärung nachgewiesen, daß gerade der Schiedsspruch gegen die Berliner Metallarbeiter den arbeiterfeindlichen Charakter des ganzen Schlichtungswesens ins grellste Licht setzt. Sie beantragten deshalb, (Antrag Nr. 19) die Beseitigung des Schlichtungswesens. Die Sozialdemokratie lehnte, Arm in Arm mit den Parteien des Trustkapitals, auch diesen Antrag ab.

Die Sozialdemokratie bewies mit diesen Abstimmungen, daß sie im Bunde mit der Regierung Brüning-Stegerwald und den Metallindustriellen gegen die Metallarbeiter steht! Die Führer des DMV, die Ulrich und Co., waren unter dem Druck der Massen zwar gezwungen, den Streik zu sanktionieren, aber sie bemühen sich, die Bewegung möglichst einzuschränken und durch möglichst raschen Abbruch den Erfolg zu verhindern.

SPD und Zentrum verhöhnien die Arbeitslosen.

Beim Zusammentritt des neuen Reichstags hätte eine der wichtigsten Fragen sein müssen: wie kann den Millionenmassen der Arbeitslosen, deren Elend grenzenlos ist, geholfen werden? Die kommunistische Reichstagsfraktion hat als einzige eine ganze Reihe Anträge für die Arbeitslosen, Sozialrentner, Invaliden und sonstigen

Notleidenden gestellt, aus denen wir die wichtigsten anführen wollen: Antrag Nr. 18 der Reichstagsdrucksachen:

„In Anbetracht der ungeheuren Notlage wird die Reichsregierung aufgefordert, den Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern sowie allen Fürsorgeberechtigten eine Winterbeihilfe aus den Mitteln des Reiches auszu zahlen. Die Winterbeihilfe beträgt für die Hauptunterstützungsempfänger 40 Reichsmark, für jeden Unterhaltungs berechtigten 12 Reichsmark. Empfänger der Waisenernte erhalten 12 Reichsmark.“

Antrag Nr. 42:

fordert eine Reihe Änderungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung, u. a.: Unterstützungsanspruch für die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit und vom Tage der Anmeldung an, Erhöhung der Unterstützungssätze, Beseitigung der Verschlechterungen durch die Notverordnung usw.

Antrag Nr. 43:

fordert: Einführung des Siebenstundentages mit vollem Lohnausgleich, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Bewilligung von 850 Millionen aus Reichsmitteln für den Wohnungsbau, usw.

Antrag Nr. 44:

fordert, die geltende Verordnung über Krisenfürsorge wie folgt abzuändern: „Die Krisenunterstützungssätze werden auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützungssätze festgesetzt.“

Antrag Nr. 45:

fordert, daß das Reich zur Linderung der Not den ausgesteuerten Arbeitslosen 300 Millionen Reichsmark den Gemeinden zuweist, damit sie den ausgesteuerten Erwerbslosen Unterstützungen in der Höhe der Hauptunterstützung auszahlen.

Antrag Nr. 46:

fordert die Beseitigung der „Bedürftigkeitsprüfung“ bei der Krisenunterstützung und Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Erwerbslosen, die gegenwärtig keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhalten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion verlangte, daß all diese Anträge behandelt würden, bevor der Reichstag wieder in Ferien gehe; denn das entsetzliche Elend der Arbeitslosen dulde keinen Aufschub. Aber die Sozialdemokraten, die Zentrumsgeschiedenen und die übrigen Regierungsparteien verhinderten die Beratung dieser Anträge!

Die Nationalsozialisten für Youngtribute!

Unter dem Eindruck der Wahlen vom 14. September entstand an den internationalen Börsen, vor allem in London und New York, eine Panik. Man kannte dort die Stellung der Kommunisten, welche die Zerreißung des Youngpakts als einen ihrer wichtigsten Programmpunkte offen angekündigt hatten, und man befürchtete, daß auch die Nationalsozialisten, die ja ihren Wahlkampf hauptsächlich mit der Parole „Gegen die Young-Tribute“ geführt hatten, die Annullierung des Youngpakts durchsetzen würden.

Zur Beruhigung der Bank- und Börsenfürsten von Wallstreet erklärte Adolf Hitler in einem Artikel, den er für die Presse des bisher deutschen Reiches in New York schrieb,

(wiedergegeben im „Völkischen Beobachter“, dem nationalsozialistischen Hauptorgan, vom 30. September) wörtlich:

„Die Nationalsozialisten fordern die Revision des Versailler Vertrags und des Young-Planes.“

Noch deutlicher schrieb der Nationalsozialist Dr. Walter Schmidt im „Völkischen Beobachter“ vom 3. Oktober:

„Wir fordern eine Regierung, die eine Neuregelung der Tribute einleitet.“

Da ist nicht mehr die Rede von einer Zerreißung des Young-Pakts, wie sie die Nazis vor der Wahl versprochen hatten, sondern es wird nur noch eine „Revision“ oder eine „Neuregelung“ gefordert, also Verhandlungen auf der Grundlage der Anerkennung der Verträge. Die Nationalsozialisten sagen nicht mehr: „Fort mit den Young-Tributen!“, wie vor den Wahlen, sondern sie sagen jetzt: Wir wollen zahlen, nur etwas weniger!

Hitler bereit zur Erfüllungspolitik.

In einem Interview, das der nationalsozialistische Führer Hitler am 4. Oktober dem amerikanischen Journalisten Karl von Wiegand, dem Vertreter der Hearst-Presse gab, erklärte Hitler:

„Braunschweiger Vertreter (d. h. der nationalsozialistische Minister Dr. Frantzen. Die Red.) im Reichsrat werden fordern, daß Deutschland eine Erleichterung der Bestimmungen des Young-Planes verlange und die Frage der angeblichen Kriegsschuld wieder aufnehmen soll. Das Deutschland, das ich führe, wird nicht unterzeichnen, was wir nicht mit voller Überzeugung für durchführbar halten, aber peinlich alle übernommenen Verpflichtungen erfüllen.“

Bezeichnend für die Nazis ist, daß gerade dieser Teil des Interviews, das im „New York American“ abgedruckt war, im „Völkischen Beobachter“ nicht abgedruckt, sondern den nationalsozialistischen Lesern unterschlagen wurde!

Hitler erklärte sich bereit, peinlich alle Verpflichtungen, die übernommen seien, zu erfüllen! Was bedeutet das?

Deutschland hat die Verpflichtungen übernommen, jährlich 1,7 bis 2,5 Milliarden Young-Tribute zu zahlen. Diese Verpflichtung will also auch Hitler, solange sie nicht revidiert ist, peinlich erfüllen. Aber Deutschland ist weiter verpflichtet, die 17 bis 18 Milliarden Auslandsanleihen, die hereingenommen wurden, jährlich mit 1,5 Milliarden Mark zu verzinsen! Auch diese Verpflichtung will Hitler „peinlich erfüllen“.

Die Kommunisten haben sowohl vor der Wahl wie in der ersten Tagung des Reichstags erklärt:

„Die deutsche Arbeiterschaft wird, wenn sie die Macht ergreift, alle Verpflichtungen an das ausländische Kapital, die Young-Tribute wie die Zinsverpflichtungen für die Auslandsanleihen ebenso für null und nichtig erklären, wie die russische Arbeiterklasse die Zerschneiden annulliert hat.“

Aber Hitler und die Nationalsozialisten erklärten sich bereit, diese Milliarden-Tribute weiter zu zahlen!

Hitler bietet sich als Landsknecht an.

Die berüchtigtsten Kriegshetze gegen Deutschland waren der amerikanischen Zeitungskönig William Hearst und dann der englische Zeitungslord Rothermere. Bezeichnend für die Nazis ist, daß Hitler gerade mit diesen beiden einen Vertrag schloß, in dem er ihnen Artikel und Interviews — selbstverständlich für ungeheure Honorare, 1 Dollar das Wort! — übergab. Durch Vermittlung der Hearst- und der Rothermere-Presse bot sich der nationalsozialistische Führer dem internationalen Finanzkapital an zum Kampfe gegen Sowjetrußland und den Bolschewismus!

Für den Hearst-Konzern schrieb Hitler:

„Möge sich die Welt nicht täuschen! Entweder wird Deutschland eine freie Nation oder es verzweifelt an der Zukunft und wirft sich in die lockenden Arme des Bolschewismus.“

Für die „Times“ des Lord Rothermere schrieb Hitler:

„Es könnte gut sein, daß in einer nicht entfernten Zeit England sich über den Bestand eines starken und wieder erwachten Deutschland freuen wird. Die Gefahr steht noch nicht unmittelbar bevor, aber wenn sich eines Tages die bolschewistische Gefahr nach allen Richtungen ausbreitet und die rote Fahne von Wladiwostok bis an den englischen Kanal weht, dann ist es zu spät. Das heutige Deutschland ist zu schwach, um den bolschewistischen Angriffen zu widerstehen.“

Aehnlich erklärte Hitler in einer Rede in Frankfurt am 4. Oktober („Völkischer Beobachter“ vom 7. Oktober)

„Wenn das Ausland glaubt, daß es ihm besser gebe, wenn am Rhein und an der Nordsee die rote Fahne des Irrsinns aufgezo-gen sei, so solle es nur so fortfahren. In Deutschland gebe es nur zwei Möglichkeiten der Rettung, auf der einen Seite Freiheit und Ehre des Nationalsozialismus, auf der anderen den Bolschewismus.“

Der Sinn all dieser Erklärungen ist der: Wenn das internationale Finanzkapital sich vor der roten Flut des Bolschewismus schützen will, muß es die Nationalsozialisten unterstützen, sie werden ihm als Schutzwehr und als Landsknechte gegen den Bolschewismus dienen!

„Nationaler“ Demagogie.

Nach all diesen Erklärungen Hitlers und der NSDAP., von denen wir nur die wichtigsten mitgeteilt haben, war es nichts als plumpe Demagogie, wenn die Nationalsozialisten am 14. Oktober einen Antrag einbrachten:

„die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich die nötigen Schritte zur Aufhebung des auf der Kriegsschuldigen beruhenden, uns wiederrechtlich aufgezungenen Versailler Vertrags und der darauf aufgebauten Tributverträge mit den früheren Feindbündnischen zu unternehmen.“

Eine Partei, deren Führer Hitler erst erklärt, daß sie alle Verpflichtungen peinlich erfüllen werde und daß sie nur eine Revision, nur eine Erleichterung der Tributlasten anstrebe, kann von niemandem mehr ernst genommen werden, wenn sie ein paar Tage später einen solchen Antrag stellt, wie oben.

Nationalsozialistischer „Kampf gegen die Börsenfürsten“

Die Nationalsozialisten fordern in ihrem Programm die „Brechung der Zinsknechtschaft“ und versprechen, daß sie den Kampf gegen das Bank- und Börsenkapital führen wollen. Das hat sie jedoch nicht gehindert, von den deutschen Bank- und Börsenfürsten große Geldmittel für ihren Wahlkampf anzunehmen.

Wie die Nazis ihren „Kampf gegen die Bank- und Börsenfürsten“ zu führen gedenken, zeigte sich an folgendem Beispiel:

Vor der Wahl des Reichstagspräsidenten waren eine Reihe führender Nationalsozialisten – Hitler, Hauptmann Göring und andere – zu einem Diner bei dem Berliner Bank- und Börsenfürsten Dr. von Stauff, der zu den leitenden Personen der Deutschen und Diskontobank gehört, von Stauff, der gleichzeitig auch Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei ist, ein vielfacher Millionär und Mitglied in 42 Aufsichtsräten großer kapitalistischer Gesellschaften (1), war von der Liebenswürdigkeit der Herren Nationalsozialisten begeistert und brachte es fertig, daß auch die Volkspartei ihre Zustimmung zur Kandidatur ihres Führers Dr. Scholz für das Reichstagspräsidium gab.

Wenige Tage später legten die Nazis im Reichstag einen Antrag vor, der die entschuldigungslose Enteignung der Bank- und Börsenfürsten und die Verstaatlichung der Großbanken fordert.

So sind die Nazi-Führer: vor der Öffentlichkeit schreien sie: „Kampf gegen die Bank- und Börsenfürsten“, insgeheim aber gehen sie bei ihnen tafeln und schmausen!

Nazi-„Kampf“ gegen Zinsknechtschaft und Kapitalflucht.

Dem neuen Reichstag hatten die Nationalsozialisten auch einen Antrag zur Bekämpfung der Kapitalflucht vorgelegt. Der kommunistische Abgeordnete Neubauer wies darauf hin, daß sich dieser Antrag gegen die Nazis selbst richten könne; denn bekanntlich hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Feder wenige Stunden vor dem Hitler-Putsch in München versucht, sein Kapital in Sicherheit zu bringen. Die Nazis tobten über diesen Angriff, und Feder behauptete, das sei eine Lüge. Aber es wurde noch in derselben Sitzung festgestellt, daß Neubauer die Wahrheit gesagt, aber Feder gelogen hatte.

Aus den Akten eines Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtages ergibt sich folgendes:

„Zeuge Bankbesitzer Scher erklärt: Gottfried Feder erschien am 8. November 1923 beim Bankhaus Schneider nachmittags 4½ Uhr und in dem Brief näher bezeichneter Stücke. Er begründete sein Ersuchen damit, daß er sofort eine größere Geldsumme brauche und die Aktien als Pfand geben müßte. Er wurde von dem Schalterbeamten bedient, daß das nicht möglich sei, weil eine Anzahl dieser Aktien persönlich bezeichnet seien oder auswärtig liegen. Dann ging Feder zum Kommerzienrat Schneider selbst, der sich mit ihm zu dem Schalterbeamten begab, damit der Wunsch des Feder vielleicht doch noch erfüllt werden könnte. Das aber war nicht möglich. Mehrere Tage danach ist dann ein mit Vollmacht versehener Mann gekommen und hob die Aktien für Feder ab.“

Diese Handlung Feders wird dadurch beleuchtet, daß er am 9. November als Vertreter der Putsch-Regierung Hitler-Ludendorff eine Verfügung erteilte, die jede Veränderung oder Verschiebung des Vermögensstandes unter Strafe stellt. Zuerst also wollte Feder sein Vermögen in Sicherheit bringen, dann das Vermögen der anderen beschlagnahmen!

Feder konnte den Tatbestand nicht bestreiten, sondern erklärte nur, es habe sich um Papiere gehandelt, die durch die Inflation völlig entwertet gewesen seien. Auch dies war wieder eine Lüge, denn an Hand der Akten wurde festgestellt, daß die Papiere des Feder wertvolle Aktien von Brauereien und anderen Unternehmen waren, und zwar in einem Werte von 40000 Goldmark!

So also sieht der nationalsozialistische Kampf gegen die Zinsknechtschaft und Kapitalflucht aus!

Die Nationalsozialisten und das Regierungsprogramm.

Das neue Programm der Brüning-Regierung haben wir oben schon als einen ungeheuerlichen Angriff gegen die ganze Lebenshaltung der werktätigen Massen gekennzeichnet. Wie stellen sich nun die Nationalsozialisten zu diesem Programm?

Solange der Reichskanzler Brüning in seiner Rede am 16. Oktober das arbeitfeindliche Programm der Regierung erläuterte, saßen die Nationalsozialisten still auf ihren Banken, ohne ein Wort des Protestes! Sie billigten dies Programm mit ihrem Schweigen. Nur die Kommunisten erhoben immer wieder stürmischen Protest gegen dies Programm.

Am 17. Oktober sprach der Nationalsozialist Strasser zur Regierungserklärung. Er ging mit keinem einzigen Wort auf die ungeheuerlichen Angriffe der Regierung gegen das arbeitende Volk ein. Er sagte nichts zu dem Angriff auf die Löhne, auf die Arbeitslosen, nichts zu der neuen Erhöhung der Steuern und Mieten, kein Wort zum Berliner Metallarbeiterstreik!

Was Strasser zum Brüning-Programm sagte, kann man im „Völkischen Beobachter“ vom 19./20. Oktober nachlesen; dort steht folgendes:

„Eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht sei notwendig. Allerdings nicht in dem heutigen Young-System, sondern bei Aenderung des gesamten Kurses. Notwendige Hilfe für die Landwirtschaft sei eine der dringendsten Forderungen; dazu aber verlangen wir Nationalsozialisten nicht nur die Wahrpflicht, sondern auch die Arbeitspflicht für jeden deutschen Staatsbürger.“

Das war alles! In Wirklichkeit aber hat der „Völkische Beobachter“ die Rede Strassers noch etwas frisirt. Denn Strasser sagte wörtlich zur Arbeitsdienstpflicht: „... und wenn sie auch nur zur Bezahlung der Tribute aus dem Youngsystem dient.“ Das hat der „Völkische Beobachter“ als ein zu gefährliches Bekenntnis geändert.

Die nationalsozialistischen Arbeiter müssen wir fragen: darf sich diese Partei eine „Arbeiterpartei“ nennen, die zu den brennendsten Fragen des Arbeitervolkes kein Wort zu sagen hat? Herr Strasser kann sich auch nicht damit herausreden, er habe das nur „vergessen“, denn die Kommunisten haben ihm fortgesetzt zugerufen, er

solle doch auch ein Wort zum Berliner Metallarbeiterstreik sagen. Er zog es jedoch vor, darüber zu schweigen!

Nationalsozialistischer Lebensmittelwucher.

Für die hungierenden Arbeitslosen, Sozialrentner, Invaliden und sonstigen Bedürftigen haben die Nationalsozialisten während der vergangenen Reichstagsperiode keinen einzigen Antrag gestellt. Dafür hatten sie nicht das geringste Interesse!

Aber die Nazis haben gehofft, daß die Lebensmittel noch weiter verteuert, daß den arbeitenden Massen und insbesondere den Arbeitslosen der Brotkorb noch höher gehängt wird.

Die Brüning-Regierung forderte vom Reichstag die Zustimmung zum **deutsch-finländischen Handelsabkommen**. Durch diesen Vertrag wird der Zoll für Butter auf mindestens 50 Mark pro Doppelzentner festgesetzt; der Zoll kann aber über 50 Mark hinaus noch erhöht werden. Dies bedeutet eine ungeheure Verteuerung für Butter, Käse und Milch. Im handelspolitischen Ausschuß wurde nachgewiesen, daß durch die Erhöhung des Butterzolls auf 50 Mark der Preis der Milch um 1 Pfennig pro Liter erhöht wird!

Während die Kommunisten mit aller Schärfe gegen diese neue Verteuerung der Lebensmittel, die vor allem für die Kinder des Proletariats zu den notwendigsten gehören, ankämpften, haben

die Nazis der neuen Milch-, Butter- und Käseverteuerung zugestimmt!

Ferner brächten die Nationalsozialisten einen Antrag (Nr. 103) ein, durch den den Großagrariern folgende Preise gesichert werden sollen: für Roggen je Tonne 200 Mark, für Weizen 240, Speisekartoffeln je Zentner 2,50 Mark usw.

So stehen die Nationalsozialisten mit den Großagrariern zusammen, um den hungierenden Arbeitermassen den Brotkorb noch höher zu hängen. Für den Hunger der Massen haben sie kein Verständnis, die Profite der Großagrariere sind ihnen tausendmal mehr wert als das Leben der Proletariatsmassen!

Der Reichstag wird ausgeschaltet.

Die Regierung Brüning legte das größte Gewicht darauf, den Reichstag sobald wie möglich wieder nach Hause zu schicken, damit sie „ungestört“ arbeiten könne. Das heißt: damit sie auf die Anträge der Kommunisten für die werktätigen Massen nicht zu antworten brauche, sondern mit Hilfe der **Diktaturverordnungen** das Volk weiter ins Elend herabdrücken könne!

Zuvor aber sollte der Reichstag der Diktatur-Regierung einen Kredit von 530 Millionen Reichsmark bewilligen, den sie von einem amerikanisch-schwedischen Bankenconsortium aufnehmen wollte und mit 6,30 Prozent verzinsen mußte. Die Kommunisten bekämpften diesen Kredit als eine neue schwere Last für die werktätigen Massen, die ja die Verzinsung und Tilgung durch ihre Steuern aufbringen sollen, und als eine neue „goldene Fessel“ des internationalen Finanzkapitals, die dem werktätigen Volk Deutschlands angelegt wird.

Mit Hilfe der Sozialdemokratie wurde in namentlicher Abstimmung der 530-Millionen-Kredit bewilligt. Die Diktatur-Regierung Brüning erhält damit die Möglichkeit, bis zum Frühjahr 1931 weiter zu regieren, ohne den Reichstag fragen zu müssen.

Nach der Bewilligung des Amerika-Kredits beantragten die Regierungsparteien, daß der Reichstag bis zum 3. Dezember vertagt würde.

Die Kommunisten widersprachen auf heftigste. Sie wiesen darauf hin, daß die 3½ Millionen Arbeitslosen und die große Masse des notleidenden arbeitenden Volkes vom Reichstag erwarte, daß er nicht eher sich verhalte, als bis er die kommunistischen Anträge, durch die das Elend der Massen gelindert werden könnte, behandelt habe. Sie verlangten deshalb, daß der Reichstag weiter tage und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die kommunistischen Anträge für die Arbeitslosen, Sozialrentner und sonstigen Bedürftigen, für die streikenden Metallarbeiter, für die Beseitigung der Lohnsteuer, für die Einführung einer Millionärsteuer usw. setze.

Die Kommunisten wiesen insbesondere die sozialdemokratische Reichstagsfraktion darauf hin, daß ihre Zustimmung zu diesem Verfassungsantrag der Regierungsparteien bedeutet: die SPD, gibt damit der faschistischen Diktatur-Regierung Brüning vollkommen freie Hand, ihre ungeheuerlichen Angriffe gegen die Arbeiterklasse weiterzuführen, insbesondere auch gegen die streikenden Berliner Metallarbeiter!

Aber die Sozialdemokratie stimmte in namentlicher Abstimmung mit dem Regierungsblock der Brüning-Diktatur für die Ausschaltung des Reichstages. Das ist der größte Schandstreich, den sie gegen das werktätige Volk Deutschlands führen konnte. Denn dadurch gab sie der Diktatur die volle Handlungsfreiheit, die absolute Macht!

Für den Sieg des werktätigen Volkes!

Der Reichstag hat sich selbst ausgeschaltet, die „parlamentarische Demokratie“ hat sich selbst für „überflüssig“ und „störend“ erklärt. Die demokratischen Kulissen, mit denen die Ausbeuterklasse bisher ihre unumschränkte Herrschaft zu verkleiden gewohnt war, sind beiseite geräumt. Jeder Werktätige vermag jetzt zu erkennen:

In Deutschland diktiert die kapitalistische Ausbeuterklasse über das werktätige Volk!

Das Finanzkapital, die Bankmagnaten, Industrieherrn, Handelsherren und Landjunker haben die Macht zur Ausbeutung, Unterdrückung und Verelendung der arbeitenden Massen; der kapitalistische Staat mit Reichswehr, Schupo, Justiz schützt die kapitalistischen Ausbeuterprofite. Der Reichspräsident, der Reichskanzler und die Regierungsorgane sind nur die Werkzeuge für die Durchführung der kapitalistischen Politik.

Diese Macht der Ausbeuterklasse gilt es niederzuringen, wenn das werktätige Volk frei werden will, wenn es aus seinem Elend herauskommen will. Welcher Partei aber soll es vertrauen, daß sie ihm ein ehrlicher Führer in diesem Kampfe sein kann?

Das Zentrum hat wiederum alle Interessen des werktätigen Volkes mit Füßen getreten. Die Nationalsozialisten haben ihre heuchlerische Demagogie entlarvt und gezeigt, daß sie nur Betrüger der Massen sind. Die Sozialdemokraten haben einen neuen schamlosen Verrat an den arbeitenden Massen begangen und fragen die Verantwortung für alles Elend, das die Werktätigen getroffen hat und trifft!

Nur die Kommunisten haben treu zu ihren Forderungen gestanden und die Interessen des werktätigen Volkes rücksichtslos vertreten! Die Kommunistische Partei ist die einzige Führerin der werktätigen Massen in ihrem Kampf gegen das Elend und die Sklaverei, für Brot und Freiheit!

Mit ungeheurer Empörung haben die werktätigen Massen das neue Hungerprogramm der Diktator-Regierung Brining aufgenommen. Mit leidenschaftlicher Entrüstung wenden sie sich gegen das verfaulte System der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft und gegen die Parteien, die wie das Zentrum, die Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, die Lebensinteressen der werktätigen Massen wiederum in den Kot getreten haben. Aber diese gerechte Empörung genügt nicht.

Die Zeit ist da, wo das arbeitende Volk handeln, wo es zum Gegenangriff übergehen muß! Das Parlament ist ausgeschaltet. Es lebe der außerparlamentarische Kampf der Massen!

Die Arbeiter aus den Betrieben zusammen mit den Erwerbslosen, die Millionarmee der Lohnempfänger zusammen mit den Angestellten und Beamten, das ganze Proletariat der Städte zusammen mit den notleidenden Kleingewerbetreibenden und den schaffenden Bauern das ist eine Macht, welche stark genug ist, die Herrschaft der kapitalistischen Blutsauger zu brechen!

Die Arbeiterschaft ist bereits in den Kampf getreten! Streik ist die Lösung für das ganze deutsche Proletariat. Streik für Lohn und Brot! Streik der Massen gegen die Diktatur der Ausbeuter! Die werktätigen Kleingewerbetreibenden und Bauern müssen diese Kämpfe der Arbeiterschaft gegen den gemeinsamen Feind unterstützen mit aktiver Solidarität! Dann rollt die Lawine weiter und zermalmt das ganze verfaulte System.

Die Kommunistische Partei als die einzige Führerin der werktätigen Massen ruft zum Kampf! Unser Ziel ist:

Freiheit und brutale Zerreißung der ausländischen Sklavenverträge und Zerschlagung des Jochs der deutschen Ausbeuterherrschaft! Alle Macht in Wirtschaft und Staat den Werktätigen! Hin aus Deutschland mit den Faulenzer, Schmarotzer und Blutsaugern!

Brot und Freiheit kann sich das werktätige Volk Deutschlands nur erkämpfen auf dem Wege des Bolschewismus. So wie das werktätige Volk Rußlands frei und stark geworden ist durch die bolschewistische Revolution, so wird auch das werktätige Volk Deutschlands erst frei und glücklich werden, wenn es sich erkämpft hat

ein freies Sowjet-Deutschland der Werktätigen!

Verantwortlich: E. Schussler, MdR. - Verlag Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 25, Druck: „Fevrag“, Filiale Düsseldorf, Köster Straße 44.

In Deutschland: Lohnabbau und Massenelend In Sowjet-Rußland: Aufbau des Sozialismus

Jeder liest und verbreitet unsere Fünfjahrplan-Broschüren:

„Was ist der Fünfjahrplan?“

In dieser Broschüre ist in lebendigen Bildern der gigantische Kampf des siegreichen russischen Proletariats um die Verwirklichung des Sozialismus beschrieben. Die ersten Erfolge sind schon sichtbar. Eine mächtige Industrie wird aufgebaut. Großartige soziale Einrichtungen werden geschaffen, der Siebenstundentag und die Eintragung durchgeführt. 16 Seiten

„Die befreite Frau in der Sowjetunion und der Fünfjahrplan“

Die Arbeit der Frauen im Rahmen des Fünfjahrplanes trägt mit zur Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse bei. Kindergärten, Kindergärten werden errichtet, ein muttergütiger Mutter- und Säuglingschutz wird eingeführt. Diese Broschüre wurde von einer russischen Arbeiterin geschrieben und ist ein Dokument des Sieges der russischen Arbeiterklasse. 16 Seiten

„Der Arbeiter in der Sowjetunion und der Fünfjahrplan“

Diese Broschüre behandelt die wichtigsten Grundzüge des sozialistischen Aufbaus. Die Teilnahme der Arbeitermassen an diesem großen Werk, diese Teilnahme ist nur in einer Wirtschaft möglich, in welcher das Wohlergehen des Arbeiters an erster Stelle steht. Ein Viertel der Industriearbeiter hat bereits den Siebenstundentag. Die Löhne haben 131 Prozent der Vorkriegslöhne erreicht. 16 Seiten

Putz: „Der Bauer mit dem Traktor“

Kollektiv-Wirtschaften und Staatsgüter in der Sowjetunion
Der Sozialismus läßt sich nur verwirklichen, wenn parallel mit der Entwicklung der sozialistischen Industrie die Entwicklung einer sozialistischen Landwirtschaft vor sich geht. Diese Broschüre gibt ein klares Bild über diese Entwicklung und zeigt ebenso deren Symbol der Bauer mit dem Traktor ist. 16 Seiten

„Turksib“, 1442 km für den Fünfjahrplan

„Turksib“ ist ein Markstein der Verwirklichung des gewaltigen Fünfjahrplanes, ein Markstein auf dem Siegesweg des Sozialismus, ein glänzendes Beispiel dafür, was der Mensch zu leisten imstande ist, wenn er sich von den Fesseln der kapitalistischen Wirtschaft befreit. 16 Seiten

Der Fünfjahrplan und seine Feinde

Der Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland erfüllt die internationale Bourgeoisie mit Schrecken. Nachdem die Verurteilungen ihrer Presse und die Sabotage-Akte ihrer Agenten ergebnislos blieben, riefen sie nun zur Intervention. Aber das internationale Proletariat und die Rote Armee werden das Land des Sozialismus auch vor Interventionen schützen. 16 Seiten

Jede Broschüre nur 10 Pfennig!

Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin

4 wichtige Broschüren!

Sowjet-Deutschland sprengt die Ketten des Youngplans!

Dokumentensammlung zum Kampf der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen den Versailler Frieden, gegen den Dawesplan und gegen den Youngplan Diese Broschüre ist in unserer Tagesagitation und in dem Kampf um die Gewinnung der durch die Nationalsozialisten Irreführten unerschütterlich
32 Seiten 10 Pfennig

Drei Millionen fordern Arbeit und Brot!

Diese Broschüre zeigt die Stellungnahme der einzelnen Parteien zum Erwerbslosenproblem und die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten in ihrem Betrug und Verrat an den Erwerbslosen. Die Notverordnung der Brüning-Regierung ist ebenfalls behandelt. Die Broschüre zeigt auch den Weg des Kampfes, den die Massen der Erwerbslosen unter Führung der Kommunistischen Partei
gehen müssen
16 Seiten 10 Pfennig

Wohin führt der Weg? Werkstätige Frau, entscheide!

Diese kleine Broschüre zeigt, daß alle Parteien, von der SPD bis zu den Nationalsozialisten, dazu beigetragen haben, daß die Steuerlasten die werktätige Bevölkerung Deutschlands erdrücken. Diese Politik nimmt der Arbeiterfrau und ihren Kindern das Brot und verurteilt viele Millionen zum Hungerdasein. Die Arbeiterfrauen müssen in den Reihen der Gesamtarbeiterschaft um die Verbesserung ihrer Lage kämpfen. Die Broschüre weist hierzu den Weg.
16 Seiten 10 Pfennig

Maria Reese: Das wahre Gesicht der SPD.

Ein Wort an die SPD-Arbeiter

Die politische Verlogenheit und Verdorbenheit des SPD-Apparates, das Verwachsen der Parteispitzen und hoher Funktionäre — die ihre eigene „soziale“ Frage bereits „gelöst“ haben — mit dem Staate der imperialistischen Bourgeoisie, ihr politisches Doppelspiel der Köderung der noch treuen Arbeiter durch oppositionelle Phrasen bei gleichzeitigem Verrat der Arbeiterinteressen, deckt die Verfasserin — die selbst sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete war — grell auf Diese Broschüre zeigt jedem noch in der SPD, stehenden Proleten den richtigen Weg, den Weg zur KPD
32 Seiten 10 Pfennig

Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 25